„We come together“

Regionales Handeln für Demokratie, Diversität und Partizipation

Das Projekt „We come together“ wird im Zeitraum Februar 2015 bis Ende 2019 in ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns umgesetzt. Ziel ist die Förderung demokratischer Bildungsprozesse in strukturschwachen Regionen des Bundeslandes, in denen extrem rechte Strukturen etabliert sind und rassistische Diskurse die Lebenswelten Jugendlicher beeinflussen. Auf Grundlage einer Bedarfsanalyse und mit vielfältigen Bildungsformaten „im Gepäck“ sensibilisiert das Projekt für Dimensionen menschenfeindlicher Einstellungen und aktiviert alltagspraktische demokratische Impulse in heterogenen Jugendgruppen. von Claudia Lübcke und Christoph Schützler

Herausforderungen für demokratiestärkende Bildungsarbeit: Der ländliche Raum in Mecklenburg-Vorpommern

Die ländlichen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) sind sehr unterschiedlich strukturiert. So gibt es in westlichen Regionen, in den Nahräumen zentraler Städte und in touristisch attraktiven Orten durchaus positive sozioökonomische Entwicklungen. Die peripheren ländlichen Regionen in M-V sind dagegen seit der Wiedervereinigung drastischen Rückentwicklungen ausgesetzt. Waren diese Regionen vormals meist von industrieller Landwirtschaft, landwirtschaftlichen Großbetrieben und zugehöriger Industrie ökonomisch getragen, verloren sie innerhalb kurzer Zeit mit der Abwicklung der LPGs, VEGs[1] in Dörfern und der Deindustrialisierung in den ländlichen Städten ihre wirtschaftliche Bedeutung. Selektive Abwanderungsbewegungen v. a. junger und qualifizierter Menschen und Geburtenrückgänge führten seitdem zu Veränderungen der soziodemografischen Bevölkerungszusammensetzung, die sich mit den Schlagworten Überalterung, Brain-Drain, Entmischung der Sozialstruktur und Männerüberschuss umschreiben lassen. Die Bevölkerungsrückgänge von 20 % bis 40 % in einigen Regionen sind quantitativ vergleichbar mit denen im Zuge des 2. Weltkriegs. Die Stadt Anklam verlor bspw. zwischen 1992 und 2014 30,9 % ihrer Einwohnerzahl. Weitere Funktionsverluste erlitten ländliche Städte im Zuge von Gebietsreformen. Wissenschaftliche Beiträge befassten sich mit diesen als abgehängt bzw. überflüssig bezeichneten Regionen. Fördermaßnahmen, raumordnerische Strategien und Wirtschaftsprogramme sollten der einer Abwärtsspirale gleichenden Entwicklung entgegenwirken. Inzwischen haben sich auch in peripheren Regionen die Wanderungsdefizite abgeschwächt, aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bleibt die Tendenz aber negativ. Trotz erfolgreicher Entwicklungen im Agrar- und Energiesektor konnten bis heute die Arbeitsplatzverluste nicht kompensiert werden, sodass die soziale Situation eine äußerst prekäre bleibt. Das hat Folgen für die Jugend: Immer noch ist eine Kultur des Weggehens ausgeprägt – besonders bei gut Qualifizierten und jungen Frauen. Ursächlich dafür sind ökonomische Gründe, Karrierewünsche, aber auch Freizeit- und Kulturangebote in den Metropolen. In strukturschwachen Räumen nehmen

1 Abkürzungen für Betriebe in der DDR: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) und Volkseigenes Gut (VEG)

Jugendliche oftmals lange Wege auf sich, um Schule und Freizeitangebote zu erreichen oder sich zu engagieren. Sie können seltener durch Vielfalt geprägte Begegnungsorte aufsuchen oder sind mit wenig ausdifferenzierten, oftmals rechtsaffinen Cliquen vor Ort konfrontiert.

Rechtsextremismus in M-V – Unterwanderung, Populismus und Gewalt

Die sich entleerenden ländlichen Räume blieben in den 1990ern nicht völlig unbeachtet; die damals günstigen Immobilien- und Bodenpreise boten Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und Etablierung alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen. Ob ein leerstehendes Gutshaus oder ein Bauernkaten – die Auswahl war riesig. In viele Dörfer in M-V zogen entgegen dem Abwanderungstrend „städtische Raumpioniere" mit künstlerischen, ökologischen bzw. alternativen Hintergründen (vgl. Faber/Oswalt 2013). Zu der Zeit nahm aber auch die extreme Rechte den ländlichen Raum in Ostdeutschland in den Fokus, da sich die Möglichkeit bot, das 1991 vom Nationaldemokratischen Hochschulbund entwickelte Konzept der „national befreiten Zonen" mit dem Ziel der Erringung einer kulturellen Hegemonie in begrenzten Räumen umzusetzen. Gezielt wurden Regionen zu Siedlungsprojekten auserkoren, in denen demokratische Kräfte kaum verankert waren und Andockmöglichkeiten an bestehende neonazistische Milieus wie Kameradschaftsstrukturen gegeben waren. Diese Zuzüge vollzogen sich z. T. auch subtil, wie aus völkisch-nationalistischen Strukturen in die Region Güstrow. Diese Menschen erweckten durch ihren alternativ-ökologischen Lebensstil eher einen bodenständigen Eindruck und traten öffentlich nicht politisch aktiv in Erscheinung. In strukturschwachen Regionen konnten sich rechte Erlebniswelten mit einem hohen Einfluss auf Jugendliche etablieren, die auf Männlichkeitskult, Ausgrenzung, Gewalt gegen Andere und Diskriminierung basierten. Gerade dort konnte die extrem rechte NPD, die M-V neben Sachsen als Modellregion auswählte, später relativ erfolgreich ihr 4-Säulen-Strategiekonzept umsetzen, nachdem sie ein Bündnis mit neonazistischen Kameradschaftszusammenhängen einging. Die hohen Wahlergebnisse in diesen Regionen ab 2005 sicherten der Partei auch den Einzug in das Landesparlament. Die Region Ostvorpommern um Anklam gilt europaweit als eine Modellregion der extremen Rechten (vgl. Braun/Geisler/Gerster 2009, S. 46), in der es ihnen gelungen ist, neben der strukturellen Verankerung über lokalpolitische Aktivitäten und Themen weite Bevölkerungsteile zu erreichen. Das zentrale Agitationsfeld blieb aber Zuwanderung, indem beständig Kampagnen gegen Migrantinnen und Migranten und v. a. Geflüchtete initiiert wurden.

Am Beispiel der Kleinstadt Güstrow wird deutlich, dass nicht nur die parlamentarische Vertretung von Bedeutung ist. In der Stadtvertretung verfügt die NPD nur über einen Abgeordneten. Die Naziszene hingegen weist über Jahre hinweg stabile Strukturen auf – aktive Kameradschaften, eine NS-Hatecore-Band, Präsenz an öffentlichen Orten, politische Aktivitäten, Angriffe. Die hohe Mobilisierungsfähigkeit zeigte sich 2013 bei „Bürgerprotesten" gegen eine geplante Unterkunft für geflüchtete Menschen, die von der NPD genutzt wurden. Mit dem verstärkten Zuzug von Geflüchteten in 2015 konnten Neonazis durch Gerüchte und Falschmeldungen Ängste in der Bevölkerung instrumentalisieren und die Stimmung radikalisieren. Die zunehmende Aggressivität kam bspw. auch in Form einer sogenannten Bürgerwehr zum Ausdruck; Zugewanderte sowie demokratisch und antifaschistisch engagierte Menschen sind vielfach Bedrohungen und Attacken ausgesetzt (vgl. Guski 2016, S. 146 f.)

Foto: Soziale Bildung e. V.

Seit dem Erstarken rechtspopulistischer Aktivitäten in Deutschland versuchen Neonazis diese Strömungen für sich zu nutzen bzw. sich an diesen zu beteiligen. In M-V werden neue Gruppen (MV-Patrioten, MVGida, Identitäre, „… wehrt sich gegen Asyl") von Kadern der Naziszene maßgeblich mit ins Leben gerufen bzw. inzwischen mitbestimmt.

Demokratische Zivilgesellschaft auf dem Lande?

Die Defizite demokratischer Kultur in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands wurden schon vielfach beschrieben. Engagement in Feuerwehren, Vereinen, Schulen und in der Kommunalpolitik ist zwar flächendeckend →

anzutreffen; aber gerade in den strukturschwachen Regionen, in denen Neonazis Fuß fassen konnten, war über Jahre nur wenig zivilgesellschaftlicher Protest gegen Rassismus zu vernehmen bzw. wurde einzelnen Menschen überlassen. Nach unserer Einschätzung vollzieht sich hier seit ca. sechs Jahren ein Wandel. Neben professionellen und geförderten Beratungs- und Bildungseinrichtungen sind es v. a. ehrenamtliche lokale Initiativen, die eine demokratische Zivilgesellschaft wachsen lassen. Es gründeten sich zudem überregionale und übergreifende Netzwerke, wie bspw. das „Bündnis Vorpommern – weltoffen, demokratisch und bunt" oder die Initiative „MV für alle", die sich extrem rechten Aktivitäten entgegenstellen.

Als ab Sommer 2015 immer mehr asylsuchende Menschen nach M-V kamen und vorerst in Notunterkünften untergebracht wurden, bildeten sich auch in kleinen Orten Unterstützungsnetzwerke, an denen sich mehr Menschen als erwartet beteiligten. Trotzdem bleibt es eine Herausforderung, diese Strukturen im Gemeinwesen zu verankern, da dieses Engagement bislang oftmals auf der Initiative Einzelner beruht.

Das Projektkonzept und Vorgehen

In Zusammenarbeit u. a. mit solchen Unterstützungsnetzwerken arbeitet seit Februar 2015 das Modellprojekt „We come together" für insgesamt fünf Jahre in den Orten Anklam, Güstrow, Bützow, Stralsund und Friedland – gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Landeszentrale für politische Bildung M-V – als eines von insgesamt fünf Modellprojekten in M-V. Träger des Projekts ist *Soziale Bildung e. V.* aus Rostock – ein Verein mit langjähriger Erfahrung in der demokratiestärkenden Bildungs- und Präventionsarbeit und Vernetzungen mit gesellschaftlichen Akteuren, Bildungs- und Jugendeinrichtungen im Land. Aufgrund der Merkmale ländlicher Räume, der teils verstärkten Verbreitung menschenfeindlicher Orientierungsmuster und den Erfahrungen mit sozial benachteiligten, bildungsfernen Milieus wurden die Leitziele des Modellprojekts entwickelt: Sensibilisierung für Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und Möglichkeiten der Entgegnung durch langfristige Bildungs- und Austauschprozesse in Jugendgruppen, Förderung demokratischer Partizipationsprozesse sowie Stärkung der Empathie für geflüchtete Menschen. Gerade durch den vermehrten Zuzug von Geflüchteten ab Herbst 2015 und der verstärkten Ausprägung von GMF-Syndromen ist es ein zentrales Ziel, junge Migrantinnen und Migranten zu stärken und Möglichkeiten zur Darstellung ihrer Interessen und zur Partizipation zu geben. Gerade Jugendliche mit Fluchterfahrung stehen in ländlichen Regionen vor großen Herausforderungen: Es gab bisher kaum Unterstützungsstrukturen und hohe Barrieren für gesellschaftliche Zugänge, wenig (sozial-)pädagogische Erfahrungen mit Flucht und den Bedürfnissen Geflüchteter, kaum Berührungspunkte zwischen deutschen Schülerinnen und Schülern und jungen Migrantinnen und Migranten. Daher wird ein Teil der Kurse zielgerichtet an Schulen durchgeführt, in denen DAZ-Klassen („Deutsch als Zweitsprache") für junge Geflüchtete bestehen, die später in die Regelklassen integriert werden. Andere Kurse, wie in einer Güstrower Schule oder einem Anklamer Jugendzentrum wurden aufgrund der Nachfrage engagierter Jugendlicher gestartet – in diesen Fällen mit einem angepassten Curriculum, da sich die Jugendlichen bereits selbstorganisiert für Geflüchtete oder gegen extrem rechte Tendenzen engagieren.

Neben professionellen und geförderten Beratungs- und Bildungseinrichtungen sind es v. a. ehrenamtliche lokale Initiativen, die eine demokratische Zivilgesellschaft wachsen lassen.

Das methodische Vorgehen folgte dabei dem Dreischritt des Community-Organizing: Zuhören/Bedarfsanalyse – Identifikation von Lösungen und Konzeptionierung – Engagieren von Personen und Gruppen. Dies konnte an vier der fünf Orte des Modellprojekts bis heute in großen Teilen umgesetzt werden – auch wenn Änderungen im Zeitplan, in der thematischen Ausrichtung sowie konzeptionelle Feinjustierungen vorgenommen werden mussten.

Zu Beginn wurden bis März 2015 nach Recherchen in allen Orten Gespräche mit relevanten Akteuren geführt, um Einblicke in Ausprägungen der Zivilgesellschaft und Handlungserfordernisse der demokratiestärkenden Bildungsarbeit zu gewinnen. Zeitgleich wurden Erhebungsinstrumente entwickelt und ein Forschungsteam aufgebaut. In der ersten Projektphase wurden 25 Expertinnen und Experten interviewt und Befragungen mit 202 Jugendlichen durchgeführt. Die Schüler/-innen wurden in mehrstündigen Workshops mit Methoden der Sozialraum- und

Lebensweltanalyse befragt – zu ihrem Umfeld, zu Lieblings- und Konfliktorten, Zukunftswünschen, Partizipationsmöglichkeiten, Einstellungen zu Migration und Asyl.

Im zweiten Schritt wurde parallel zur Auswertung im Juli 2015 das Kernstück des Modellprojekts entwickelt – die Projektkurse, die über längere Zeiträume mindestens zweiwöchentlich für 1,5–2 Stunden durchgeführt werden sollten – sowie die Workshops als flankierende Bildungsprojekte. Für die praktische Umsetzung beider Bildungsformate wurden Teamer/-innen, hauptsächlich mit studentischem Hintergrund, ausgebildet, sodass bereits ab Juli die ersten Workshops und ab September 2015 fünf Projektkurse in den Orten Bützow, Güstrow und Friedland starten konnten.

Weiterbildungen zu Projektthemen und pädagogischen Konzepten haben das Ziel, Kooperationspartner/-innen und im Themenfeld engagierte Akteurinnen und Akteure langfristig zu befähigen, eigene Bildungsprojekte zu realisieren.

Die Projektkurse, die über ein halbes bzw. ein Jahr laufen, basieren auf einem Curriculum, das in Jugendgruppen interessen- und lebensweltbezogen umgesetzt wird: Die Methoden orientieren sich an Konzepten der Diversity- und Antidiskriminierungspädagogik, Rassismuskritik, Empowerment- und Biographiearbeit. Der Kurseinstieg erfolgt über Kennenlern-, Kooperations- und sensibilisierende Kommunikationsmethoden; Prozesse der Gruppenfindung werden durch biographische und sozialräumliche Methoden ergänzt, die Themen wie Diskriminierung, soziale Ungleichheiten, Ursachen von Flucht, Zusammenleben vor Ort etc. aufgreifen – bspw. über Stadtrundgänge, Theaterpädagogik, Argumentationstrainings, medial gestützte Einheiten zu Flucht und Ankommen. Aktionsideen werden durch Methoden der Projektplanung konkretisiert und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen umgesetzt. Die begleitenden Workshop-Konzepte, die eher dem Spektrum der „kurzzeitpädagogischen" Ansätze zuzurechnen sind, basieren vor allem auf präventiven und empowernden Methoden, die sich in einem Spektrum biographischer, empathie- und kooperationsfördernder, wissensvermittelnder und handlungsorientierter Module auffächern. Sie thematisieren Flucht und Asyl (Workshop „On the run") sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Workshop „Wie viel wir ist in mir") und werden in interessierten Klassen und Jugendgruppen in den Regionen der Modellorte durchgeführt.[2] Weiterbildungen zu Projektthemen und pädagogischen Konzepten haben das Ziel, Kooperationspartner/-innen und im Themenfeld engagierte Akteurinnen und Akteure langfristig zu befähigen, eigene Bildungsprojekte zu realisieren.

Güstrow – Ausgangssituation und Projektstart in einer mecklenburgischen Kleinstadt

Güstrow steht beispielhaft für vier weitere Modellprojektorte, in denen die Ausgangssituation in 2015 durch Befragungen und Interviews erhoben wurde.[3] Der Stadtteil, in dem die Befragung und Projektkurse stattfanden, hat den Charakter einer typischen ostdeutschen Großwohnsiedlung und wird von den Jugendlichen als angenehm empfunden. Das Schulumfeld ist aber durch viele soziale Problemlagen geprägt. Die Unterkunft für Asylsuchende direkt neben der Schule wird von vielen befragten Jugendlichen als negativ bewertet – obwohl auch junge Migrantinnen und Migranten, die dort leben, die DAZ- und Regelklassen der Schule besuchen. Hintergrund scheint ein Ereignis im Frühjahr 2015 zu sein, bei dem nach Presseberichten Luftgewehrschüsse aus der Unterkunft auf eine Passantin abgegeben wurden – Geschehnisse, die bis dato nicht völlig aufgeklärt werden konnten. Viele Befragte beziehen sich auf dieses Ereignis und äußern, dass sie selbst und ihre Eltern die Bewohner/-innen der Unterkunft als gefährlich empfinden – ein Stimmungsbild, das von Mutmaßungen und kaum von konkreten Erfahrungen geprägt ist und auch in der späteren Kurs-Durchführung an der Schule Auswirkungen hatte. Im Zuge der Bedarfsanalyse →

2 Es handelt sich um Bildungsangebote, die unser Projekt in den Regionen bekannter machen, die Teilnehmende anregen, sich in den laufenden Projektkursen zu engagieren, an öffentlichen Aktionen der Jugendgruppen teilzunehmen oder die Interesse für eigenes Engagement in der Bildungsarbeit wecken.

3 Die Bedarfsanalyse gibt die Situation in der ersten Hälfte des Jahres 2015 wider. In Güstrow starteten in 2015 parallel drei Projektkurse im freiwilligen Nachmittagsbereich – zwei davon an einer Regionalen Schule, ein weiterer an einer freien Schule. Die Ergebnisse stammen aus der bei der Erstellung dieses Beitrags noch unveröffentlichten Bedarfsanalyse für Güstrow. Die Veröffentlichung ist für August 2016 geplant.

wurden 58 Schüler/-innen der Schule gebeten, sich zu verschiedenen Aussagen zu positionieren – was ein durchaus heterogenes Bild ergab: So haben zwar 62 % der Befragten keine Angst vor negativen sozialen Konsequenzen für Deutsche aufgrund der Zuwanderung und ebenfalls 62 % geben an, neugierig zu sein, was Menschen aus anderen Ländern zu erzählen haben – wenngleich das Interesse herkunftsabhängig scheint: *„Kommt drauf an, aus welchen Ländern sie kommen."* Ebenfalls rund ein Drittel der Jugendlichen versteht Zuwanderung als Teil gesellschaftlicher Normalität, assoziiert mit Migrantinnen und Migranten alltägliche Verhaltensweisen und äußern Akzeptanz und Aufgeschlossenheit: *„Wir akzeptieren sie, wie jeden anderen Menschen auch …"* Zwischen 15–30 % der Antworten weisen aber auf Ablehnung, Angst und Unsicherheit gegenüber Asylsuchenden hin. Hier zeigt sich, wie sich rassistische Diskurse in kleinstädtischen Milieus aufgrund singulärer Ereignisse meinungsbildend auf Jugendliche auswirken. Das Gros der Befragten gründet seine Wahrnehmungen und Einstellungen ausschließlich auf sekundäre Quellen wie soziale Netzwerke, Gespräche mit Freundinnen/Freunden und Familie oder allgemein auf die Medien, kaum auf persönliche Begegnungen oder Erfahrungen. Deutlich wird dies an Prozessen des Othering – 18 % der Befragten klassifizieren Zugewanderte als andersartig oder fremd und fühlen sich vereinzelt durch sie bedroht: *„… werden bald zu viele. Ein paar sind o. k., aber dann nicht in einer Umgebung von Schulen oder Kindergarten."* 27 % nehmen zugewanderte Mitschüler/-innen als anders wahr, dabei spielt die Sprache eine Rolle (*„Menschen aus anderen Ländern hier an der Schule verstehen die meisten Kinder nicht, (…) müssen die Sprache beherrschen."*). Es wird sich häufig eine hohe Anpassungsfähigkeit gewünscht. 36 % aller Befragten assoziieren mit Migrantinnen/Migranten deviantes und delinquentes Verhalten – ein auffälliges Ergebnis in der Gesamtbetrachtung, das z. T. Ergebnis beschriebener Diskurse ist. Diese Befragten unterstellen Geflüchteten kriminelles Verhalten, interpretieren bei Asylsuchenden wahrgenommene Markenkleidung, Smartphones etc. als mögliches Diebesgut und kritisieren die Bereitstellung von Wohnraum und Grundfinanzierung als Bevorzugung gegenüber den Deutschen. Nur 7 % sehen zugewanderte Menschen als positiv und betonen deren Freundlichkeit und Offenheit.

Die eigene familiäre Situation wird von den meisten Jugendlichen als gut beschrieben, nur wenige sind damit gänzlich unzufrieden. Auch die Zufriedenheit mit dem Freundeskreis ist hoch, geringer dagegen mit den Freizeitmöglichkeiten; negativer fiel nur noch die Einschätzung der schulischen Situation aus. Die Freizeitgestaltung erfolgt bei den meisten Jugendlichen eher selbstorganisiert, während Angebote der Jugendarbeit kaum eine Rolle spielen – diese Einschätzung teilen die Expertinnen und Experten. Zwar ist die Freizeit vieler Jugendlicher auch durch Sportvereine, DRK, THW, Musik- oder Kunstschule gekennzeichnet, allerdings gibt es einen Mehrbedarf an kontrollarmen Freiräumen sowie organisierten Angeboten. Politische Jugendkulturen spielen in Güstrow kaum eine Rolle, der Großteil ist nach Ansicht eines Interviewten den *„Stinos, also diese(n) Stinknormalen"* zuzuordnen. Darüber hinaus gibt es eine kleine Punkszene sowie Sprayer, Hip-Hopper als *„relativ alternative Szenen"*. Treffpunkte im öffentlichen Raum weisen gerade für jüngere Jugendliche

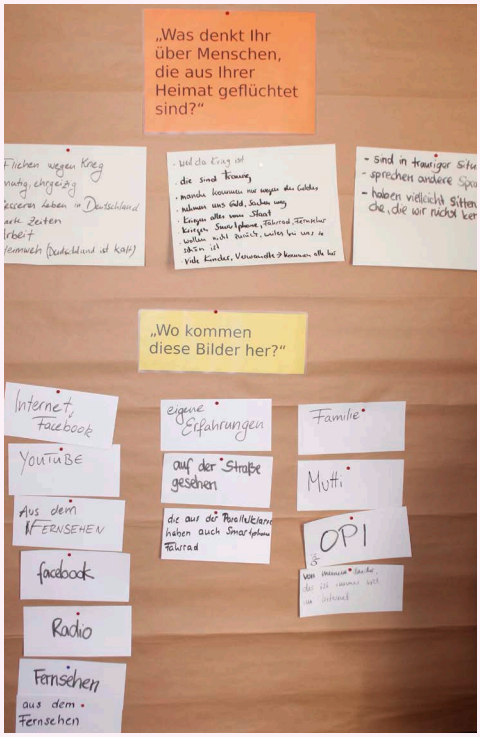

Foto: Soziale Bildung e. V.

eine hohe Attraktivität und Bindungskraft auf. Eine rechte Clique ist Rekrutierungsbasis für Neonazi-Aufmärsche und hat Potential, Meidungs- und Konfliktorte für nichtrechte Jugendliche zu schaffen. Treffpunkte für alternative Jugendliche, wie es sie hier bis in die 1990er gab, sind eine Ausnahme und spielen als Gegenentwürfe zur extrem rechten Szene keine Rolle.

Perspektivisch stellt die Region für die wenigsten Befragten einen Ort dar, an dem sie weiterhin leben möch-

ten. Ein Großteil der Befragten (2/3) will Güstrow nach der Schule verlassen, vor allem aufgrund von besseren Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten andernorts.

Die Lebenswirklichkeit von zugewanderten Jugendlichen unterscheidet sich von der der einheimischen. Zwar besuchen sie die Schule und lernen zügig Deutsch, jedoch beschreiben Expertinnen und Experten Belastungen, die von Kriegs- und Fluchterlebnissen sowie der familiären Situation herrühren. Eine Expertin berichtet, dass junge Geflüchtete zudem mit Normalitätserwartungen und neuen Regeln konfrontiert seien und wenig Raum für gegenseitigen Austausch bestehe: *„… und ich glaube, es wird alles ein bisschen falsch gemacht, man versucht immer die ausländischen Jugendlichen in das Deutsche einzufügen, anstatt ihnen Raum zu geben und erzählen zu lassen: He, so ist das bei mir."* Netzwerke für Willkommenskultur und gegen Rassismus sind bereits zum Befragungszeitpunkt aktiv. Mit dem Zuzug vieler Geflüchteter im 2. Halbjahr 2015 konnten neue Akteurinnen/Akteure eingebunden und Unterstützungsstrukturen geschaffen werden. Gleichzeitig zeichnet eine Expertin ein Bild, das für die Willkommenskultur in ländlichen Regionen keine positive Prognose andeutet: *„Ansonsten was den Leuten (…) im Moment ziemlich auf den Sack geht, wie sie so Worte nicht mehr hören können wie Toleranz und Weltoffenheit (…) und ich glaub im Moment stoßen wir da einfach auf Granit, also schwierig im Moment."*

Die Umsetzung zweier Projektkurse ab Herbst 2015 lief mit vielen Hürden an: Trotz Vorabsprachen nahmen nicht alle Jugendlichen freiwillig teil und die Schule ermöglichte keine Teilnahme an alternativen Projekten, obwohl wir darauf drangen. Auch die Heterogenität der Klassen war nicht gegeben, womit die Projektziele stark den Gegebenheiten anzupassen waren. Geplant war, einheimische und zugewanderte Jugendliche zum Austausch, gemeinsamer Projektentwicklung etc. anzuregen. In einem Kurs werden weitere Probleme deutlich: Hier gab es nur ein Mädchen mit Fluchterfahrung, die eine Außenseiterposition hatte und nur von einem Jungen unterstützt wurde, eine Schülerin mit familiärer Migrationserfahrung übersetzte gelegentlich für sie. Das Curriculum wurde den gruppenspezifischen Bedürfnissen und Konflikten angepasst. Es gab bei einem Großteil der Einheimischen starke Widerstände gegenüber den Themen Flucht und Asyl, wodurch kaum Sensibilisierungsprozesse für Fluchtgründe, Biographien sozial Benachteiligter und Zugewanderter umgesetzt werden konnten. Als schwierig erwiesen sich in beiden Kursen die Umsetzung partizipativer Methoden und die Orientierung an Prinzipien demokratischer Entscheidungsfindung. Nur schrittweise und methodenvielfältig konnten einige Teilziele erreicht werden: Mit Interessierten konnte anhand eines Theaterbesuchs zum Kernthema des Modellprojekts gearbeitet werden und biographische Methoden regten zur Sensibilisierung an. Partizipative, theater- und medienpädagogische Methoden und Einheiten zu Jugendkulturen wie Graffiti wurden umgesetzt; dies wirkte kreativitätsfördernd, stärkte den Zusammenhalt in der Gruppe und führte zu mehr Offenheit gegenüber neuen Lernsettings und -erfahrungen. Ausstrahlungseffekte auf den Sozialraum durch öffentlichkeitswirksame Aktionen konnten kaum erzielt werden. Der zweite Kurs verlief ähnlich und schloss auf Wunsch der Teilnehmenden mit einem Sport-Event ab, bei dem gemischte Teams aus einheimischen und geflüchteten Jugendlichen antraten.

Die langfristigen Kurse sind geeignet, nachhaltige Auseinandersetzungsprozesse in Gang zu setzen, die u. a. eine Reflexion von Vorurteilen sowie ein Kennenlernen und Verstehen neuer Perspektiven ermöglichen.

Ein Zwischenfazit

In allen Kursen konnte eine Grundsensibilisierung zu den Themen des Modellprojekts stattfinden, was in vier schulnahen Kursen unter teils herausfordernden Bedingungen erreicht werden konnte. Während in den selbstorganisierten Jugendgruppen ein großes Engagement und eine Offenheit gegenüber Flucht und Asyl herrschte – gab es in anderen Kursen Abwehrreaktionen gegen diese Themen. Ressentiments in Familien, die von Jugendlichen übernommen werden, der Einfluss rassistischer Diskurse, wenig Begegnungsmöglichkeiten mit Zugewanderten, aber auch gravierende individuelle und familiäre Probleme als Folge der soziostrukturellen Entwicklung wirken sich auf die Projektarbeit aus.

Unser Ansatz sieht vor, diese sozial benachteiligte Klientel in die austauschorientierte und biographische Bildungsarbeit mit einzubeziehen. Die langfristigen Kurse sind geeignet, nachhaltige Auseinandersetzungsprozesse in →

Gang zu setzen, die u. a. eine Reflexion von Vorurteilen sowie ein Kennenlernen und Verstehen neuer Perspektiven ermöglichen. Besonders interessierte Jugendliche werden künftig als Peer-Educators ausgebildet, sodass sie selbst unter Gleichaltrigen wirken können.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2016

Zur Autorin / zum Autor

Claudia Lübcke ist Erziehungswissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Vereins Soziale Bildung e. V. Sie koordiniert seit November 2015 das Modellprojekt „We come together". Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Demokratiepädagogik, Rechtsextremismus, Biographieforschung sowie „Jugendkulturen junger Muslime in Deutschland".

c.luebcke@soziale-bildung.org

Foto: M. Mühlhaus / attenzione photographers

Christoph Schützler ist Dipl.-Geograph, seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Sozialforschung, rassismuskritische Bildung und Demokratiepädagogik. Als langjähriger Mitarbeiter von Soziale Bildung e. V. ist er seit Februar 2015 Koordinator des Modellprojektes „We come together".

c.schuetzler@soziale-bildung.org

Literatur

Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (2009): Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: Springer Fachmedien

Faber, Kerstin / Oswalt, Philipp (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: spector books

Guski, Roman (2016): Akteure und Strategien rassistischer Mobilisierung in M-V. In: Regionale Arbeitsstelle für Bildung/Integration und Demokratie (RAA) M-V e. V. (Hrsg.): Rechts oben II. Demokratie und Rechtsextremismus in M-V. Waren: Regionale Arbeitsstelle für Bildung M-V